Freiheit im Rechtsstaat – Das gilt auch für Gewerkschafter

Rainer Wendt, Bundesvorsitzender

© Windmüller

Wir müssen und werden die Polizei auch künftig vor pauschalen Verdächtigungen, kruden Methoden der Erkenntnisgewinnung und schlagzeilenträchtigen Behauptungen schützen.

Diese Polizeigewerkschaften sind einfach unerhört. Melden sich doch tatsächlich zu Wort, auch wenn es gerade nicht nur um Gehaltsverhandlungen geht: Zu Studien über Rassismus und Polizeigewalt, zu Großeinsätzen, Migrationspolitik oder Gesetzesverschärfungen, zu „Antidiskriminierungsgesetzen“ oder „Polizeibeauftragten“. In den Personalräten stimmen sie sogar manchmal anders, als die Innenminister das wollen und nehmen sogar Einfluss in den Regierungen und Parlamenten.

Einem bekannten Polizeikritiker (manche nennen ihn „Polizeiwissenschaftler“) ist jetzt der Kragen geplatzt. In seinem neu erschienenen Buch „Die Polizei. Helfer, Gegner, Staatsgewalt“ wirft der Jurist und Kriminologe Tobias Singelnstein den Polizeigewerkschaften unisono vor, Macht zu missbrauchen, „um Stimmungen zu erzeugen“ und vermutet ein „Abhängigkeitsverhältnis“ der Politik zu den Gewerkschaften. Was für ein blühender Unsinn.

Wir als DPolG sind tatsächlich stolz darauf, die Strafrechtsverschärfung (bei Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte) durchgesetzt zu haben und wir werden uns auch für weitere Verbesserungen zum Schutz der Einsatzkräfte einsetzen. Und es ist kein Machtmissbrauch, wenn gewählte Personalräte sich gegen „Rassismusstudien“ wehren, bei denen die Beleidigung schon in der Überschrift steht. Es ist vielmehr ihre Pflicht, Schaden von der Belegschaft abzuwenden! Da muss man schon in Berlin Jura studiert haben, um das anders zu sehen.

Wie angeblich rechtswidrige Polizeigewalt „erforscht“ wird, zeigt eine „Studie“ des Herrn Professor, bei der die Befragten ihre Geschichte auf Fragebögen erzählen können, freilich ohne den Nachweis zu führen, dass das Erlebte auch tatsächlich stattgefunden hat und die Rechtswidrigkeit durch entsprechende Ermittlungen nachgewiesen wurde. Was zählt, ist das subjektive Empfinden und da kommen dann rasch circa 3 400 Geschichten zusammen.

Dabei werden in Deutschland tatsächlich jährlich nur etwa 2 000 Delikte angezeigt und nur ein Bruchteil davon führt überhaupt zu Anklagen oder gar Verurteilungen. Die Wissenschaft kann helfen: Kurz hochgerechnet und schon sind es mehr als 10 000 „Verdachtsfälle“ – die Schlagzeilen im deutschen Blätterwald sind gesichert, der Buchverkauf in der einschlägigen Szene auch. Bei der Polizei geht’s übrigens seriöser zu, jede der im Lagebild Gewalt gegen die Polizei geschilderten 38 960 Gewalttaten hat ein nachvollziehbares Aktenzeichen.

Im „Stern“ spricht der Herr Singelnstein über seine Erkenntnisse zu Rassismus in der Polizei: „... gibt es in der Polizei auch Strukturen, Vorgehensweisen und Praxen, die man als rassistisch bezeichnen kann.“ Fragt man sich fast, wozu es noch „Rassismusstudien“ braucht, wenn der Herr Professor das alles schon weiß. Und für die Gewerkschaften, die sich gegen diese pauschalen Vorwürfe richtigerweise zur Wehr setzen, hat er dann auch gleich eine Forderung parat: „Die Polizei muss diese strukturellen Probleme anerkennen und sie angehen.“

Falsch. Die Polizei und auch wir als Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) müssen erst einmal gar nichts, auch wenn sich der Herr Singelnstein das alles wünscht. Und wir werden uns immer dann zu Wort melden, wenn dies erforderlich ist, zu welchem Thema auch immer, niemand verbietet uns den Mund, schon gar nicht, wenn wir von Medien und Politik nach unserer Auffassung gefragt werden, was regelmäßig der Fall ist.

Nennt man übrigens Freiheit im Rechtsstaat. Gilt für Gewerkschafter und selbstverständlich auch für die Wissenschaft. Wir kämen nie auf die Idee, diese Freiheit zum Problem zu machen. Wir können auch nichts dafür, wenn der Herr Professor nur von einschlägigen linken Blättchen um seine Meinung gebeten wird.

Und im Gegensatz zu manchen Kritikern haben wir für unser öffentliches Wirken auch eine demokratische Legitimation. Der Herr Professor jedenfalls wurde von niemandem gewählt – außer von sich selbst. ■